

**Nachhaltigkeit in der
Lebensmittelkette**

erstellt im Auftrag des
Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.
(vzbv), Berlin

Zusammenfassung der
Ergebnisse und Fazit

5. Dezember 2013
29187/n3399 Kt/Hy

Max-Beer-Str. 2/4
10119 Berlin
Telefon: (0 30) 6 28 82-0
Telefax: (0 30) 6 28 82-4 00
e-mail: info@forsa.de

1. Daten zur Untersuchung

| | |
|---|--|
| Titel der Untersuchung: | Nachhaltigkeit in der Lebensmittelkette |
| Auftraggeber: | Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. (vzbv) |
| Untersuchungszeitraum: | 15. bis 22. November 2013 |
| Grundgesamtheit/ Zielpersonen: | Die in Privathaushalten in Deutschland lebenden deutschsprachigen Personen ab 16 Jahre. |
| Auswahlgrundlage: | forsa.omninet, das für die deutsche Bevöl- kerung ab 14 Jahren repräsentative Panel. |
| Auswahlverfahren: | Repräsentative Zufallsauswahl im Rahmen des forsa.omninet-Panels |
| Stichprobengröße: | 1.202 Personen |
| Erhebungsmethode: | Einschaltung der Fragen in forsa.omninet. In-Home-Befragung per PC bzw. Set-Top- Box am TV-Bildschirm. |
| Gewichtung: | Gewichtung der Ausgangsstichprobe nach Region, Alter und Geschlecht |
| Statistische Fehlertoleranz: | +/- 3 Prozentpunkte |

2. Zusammenfassung der Ergebnisse

In der deutschen Bevölkerung besteht **erhebliches Interesse an den Themen „Gesundheit“ und „Ernährung“**. Bei Frauen ist das Interesse besonders ausgeprägt. Gut jeder Zweite gibt an, am Thema „Klima- und Umweltschutz“ großes bzw. sehr großes Interesse zu haben. Wie sich im weiteren Verlauf der Untersuchung zeigt, ist der **Informationsstand über den Zusammenhang** zwischen Ernährung bzw. Lebensmitteln und Umweltschutz aber bisher **sehr gering**.

Etwa fünf Prozent der Deutschen **ernähren** sich fleischlos – ein Prozent sogar vegan. Ein weiteres gutes Viertel (27 %) isst nur selten Fleisch oder Wurst, die große Mehrheit (68 %) hingegen mehrmals pro Woche – gut jeder Fünfte (21 %) sogar fast täglich.

Die Hauptgründe für geringen Fleischkonsum sind jedoch nicht im Umweltschutz zu finden: Umwelt- bzw. Klimabelastungen durch Tierhaltung und Fleischproduktion oder das Verschwinden natürlicher Lebensräume werden nur von wenigen Bürgern als Motivation angegeben. Die ethische bzw. moralische Verantwortung gegenüber Tieren und die Ablehnung der Massentierhaltung sind schon eher relevante Anreize zur Reduzierung des eigenen Fleischkonsums. An erster Stelle stehen jedoch die eigene Gesundheit (hoher Fleischkonsum ist ungesund, schlechte Fleischqualität durch viele Zusatzstoffe, Medikamente und Antibiotika) bzw. persönliche Bedürfnisse (Fleisch schmeckt mir nicht, ich esse aus Tradition nur sonntags Fleisch etc.).

Gut ein Viertel der Deutschen kauft häufig **Bio-Lebensmittel** – fünf Prozent sogar (fast) ausschließlich. Auch hier zeigt sich, dass Umwelt- und Klimaschutzaspekte als Motivatoren deutlich hinter der eigenen Gesundheit bzw. eigenen Bedürfnissen anstehen.

Als besonders besorgniserregend werden die Belastung von **Lebensmitteln** mit Schadstoffen wie Pflanzenschutzmitteln sowie die nicht artgerechte Tierhaltung angesehen. Auch über die zunehmende Verwendung von Lebensmitteln für die Energieproduktion äußert sich die Mehrheit beunruhigt. Dass Herstellung, Verkauf und Verbrauch von Lebensmitteln erhebliche Umweltbelastungen mit sich bringen, ist den Bürgern hingegen deutlich weniger bewusst.

Besonders große **Sorgen im Hinblick auf Umweltprobleme** machen sich die Deutschen über das Verschwinden natürlicher Lebensräume durch Flächenverbrauch, z. B. das Abholzen des tropischen Regenwaldes, sehr besorgt. Auch der Verlust der Artenvielfalt bei Pflanzen und Tieren, der

Klimawandel und die globale Erwärmung sowie die Belastung von Böden und Gewässern mit Schadstoffen wie Nitrat oder Pflanzenschutzmitteln werden mehrheitlich als besorgniserregend empfunden.

Frauen sowie Personen mit geringem Fleischkonsum machen sich sowohl über Lebensmittel- als auch über Umweltprobleme besonders große Sorgen.

Als **Hauptverursacher von Umweltproblemen** in Deutschland und anderen Ländern wird ganz klar die produzierende Industrie gesehen (75 %). Jeder Zweite (49 %) macht den Bereich Verkehr hauptverantwortlich und jeder Dritte (34 %) die Energieversorgung. Die Landwirtschaft wird in diesem Zusammenhang nur vergleichsweise selten (23 %) als einer der zentralen Urheber von Problemen wahrgenommen – die privaten Haushalte sowie der Dienstleistungssektor so gut wie gar nicht (8 % bzw. 1 %).

Wenngleich knapp ein Drittel der Deutschen angibt, sich mit dem **Zusammenhang zwischen der Herstellung von Lebensmitteln und Umweltproblemen** bereits „viel“ beschäftigt zu haben, fühlt sich nur knapp ein Fünftel „gut“ über diese Thematik **informiert**. Knapp jeder zweite Bürger fühlt sich „einigermaßen“ informiert, gut jeder Vierte hingegen „weniger gut“ und jeder Zehnte „überhaupt nicht gut“.

Infolge des Gefühls, unzureichend über die Auswirkungen der Lebensmittelproduktion auf die Umwelt aufgeklärt zu sein, äußert die Mehrheit der Bürger den Wunsch nach einem größeren Informationsangebot. Besonders großer Bedarf besteht im Hinblick auf Nachhaltigkeitsberichte der herstellenden Unternehmen sowie Umwelteinformationen auf den Verpackungen der Lebensmittel.

Lange Transportwege, Überdüngung sowie die Belastung von Böden und Gewässern werden spontan am häufigsten als **Umweltprobleme durch die Produktion von Lebensmitteln** genannt. Der Verlust von Lebensräumen und der Artenvielfalt wird bereits deutlich seltener genannt, die Auswirkungen auf den Klimawandel und die globale Erwärmung ist den Bürgern jedoch offenbar kaum bewusst.

Diese Befunde bestätigen sich auch bei der gestützten Frage nach dem Einfluss der Lebensmittelkette auf die Umweltprobleme: Die Auswirkungen auf die Belastung von Böden und Gewässern sowie das Verschwinden natürlicher Lebensräume schätzt fast jeder Zweite als sehr groß ein. Der Verlust der Artenvielfalt sowie die Luftverschmutzung sieht etwa jeder Vierte als sehr betroffen an. Im Hinblick auf Klimawandel und globale Erwärmung sind es mit 19 Prozent vergleichsweise wenige. Jeder Dritte

Deutsche hält den Einfluss der Lebensmittelproduktion hier für eher bzw. sehr gering.

Vegetarier und Veganer sowie Personen mit geringem Fleischkonsum sind generell besonders involviert: Sie haben sich über die Zusammenhänge zwischen Lebensmittelproduktion und Umweltproblemen besonders intensiv Gedanken gemacht und zeigen ein überdurchschnittliches Bewusstsein für die negativen Auswirkungen der Herstellung auf die Umwelt.

Im weiteren Verlauf der Befragung wurden vier Themenbereiche detailliert betrachtet und analysiert, wie die Bürger den Handlungsbedarf im Hinblick auf die Umweltbelastung jeweils einschätzen und welche Akteure sie in der Verantwortung sehen, diesbezüglich Verbesserungen zu erwirken.

Der mit Abstand größte Handlungsbedarf wird im Bereich der Lebensmittelverschwendung gesehen: Mehr als jeder zweite Deutsche (57 %) ist der Ansicht, dass es sehr notwendig ist, die Verschwendung von Lebensmitteln zu reduzieren. Aber auch im Hinblick auf die drei anderen Bereiche Fleischproduktion, Ökolandbau und Stickstoffeintrag spricht jeweils jeder Dritte von „sehr großer“ Notwendigkeit, etwas zu unternehmen.

Je nach Bereich werden unterschiedliche Akteure in der Verantwortung gesehen, die negativen Auswirkungen auf die Umwelt zu verringern: Um die Lebensmittelverschwendung zu reduzieren, sehen die Bürger am stärksten die Verbraucher und den Lebensmittelhandel in der Pflicht. Zur Verringerung der Umweltbelastung durch die Fleischherstellung sowie den Ausbau des Ökolandbaus stehen Bundesregierung sowie Landwirte und Bauern im Fokus, zur Reduzierung des Stickstoffeintrags sollten zudem verstärkt die Umweltbehörden beitragen.

Im Hinblick auf die Verursachung von Umweltschäden durch die **Fleischproduktion** sehen die Bürger zumindest mittleren Handlungsbedarf: Jeweils etwa jeder Dritte hält ihn für „sehr groß“ (34 %) bzw. „groß“ (37 %) und knapp jeder Vierte immerhin für „mittel“ (31 %). Nur eine Minderheit (5 %) ist der Ansicht, dass wenig bzw. keine Notwendigkeit zum Handeln besteht.

Von sich aus schlagen die Bürger einen Mix aus Verboten und Auflagen für die konventionelle Tierhaltung (zugunsten artgerechter Tierhaltung) auf der einen Seite und Aufklärung sowie freiwillige Entscheidungen der Bürger auf der anderen Seite vor.

Entsprechend wird auch in der gestützten Abfrage eine verschärfte gesetzliche Regulierung und Kontrolle der derzeitigen Tierhaltungsverfahren mit Abstand am häufigsten angeführt. Freiwillige Entscheidungen der Bürger, weniger Fleisch zu essen, aber auch Produktkennzeichnungen durch staatlich geprüfte Gütesiegel sowie Informationskampagnen werden mehrheitlich befürwortet. Steuer- und Preiserhöhungen, ein reduziertes Fleischangebot sowie die Einschränkung der Werbung werden als weniger sinnvoll angesehen. Dies zeigt auch eine gewissen Widersprüchlichkeit in den Vorstellungen der Bürger: Höhere Preise für Fleisch befürwortet nur eine Minderheit, während gesetzliche Einschränkungen der Massentierhaltung breite Unterstützung finden, obwohl auch diese letztlich natürlich zu einer Erhöhung der Fleischpreise führen werden. Dies zeigt auch, dass viele der (komplexen) ökonomischen und ökologischen Zusammenhänge zwischen Lebensmittelherstellung und Umweltproblemen noch wenig bewusst sind.

Der Handlungsbedarf im Hinblick auf den **Ökolandbau** wird ähnlich eingeschätzt wie bei der Fleischproduktion: Gut zwei von drei Bürgern (70 %) sind der Ansicht, es sollte (viel) stärker auf den ökologischen Landbau gesetzt werden, um die Umweltbelastung zu reduzieren. Knapp jeder Vierte (23 %) sieht zumindest mittlere Notwendigkeit und nur Wenige (5 %) sind eher passiv eingestellt.

Verantwortliche Akteure für den Ausbau des Ökolandbaus werden vor allem in Landwirtschaft und Politik gesehen. Umweltbehörden, Verbraucher und die Lebensmittelindustrie rangieren eher im Mittelfeld, während der Lebensmittelhandel sowie Verbraucher- und Umweltverbände nur selten in der Verantwortung gesehen werden.

Die mit Abstand am häufigsten spontan vorgeschlagene Maßnahme ist die stärkere Förderung und Subventionierung des Ökolandbaus. Auch eine bessere Aufklärung der Bürger und Verbraucher wird oft angesprochen. Darüber hinaus werden auch weitere, gestützt abgefragte Maßnahmen wie die Einschränkung der konventionellen Landwirtschaft (durch Streichung von Steuervergünstigungen und Subventionen bzw. Verschärfung gesetzlicher Vorgaben und Kontrollen) oder freiwillige Entscheidungen der Verbraucher (mehr Bio-Lebensmittel zu kaufen) und Landwirte bzw. Hersteller (ökologische Herstellungsverfahren anzuwenden), von einer Mehrheit als zumindest "eher sinnvoll" angesehen.

Der Handlungsbedarf im Hinblick auf die Eindämmung der **Lebensmittelverschwendung** zum Schutz der Umwelt ist aus Sicht der Bürger enorm: Fast sechs von zehn Deutschen (57 %) sehen hier sehr große Notwendigkeit. Ein weiteres Drittel (31 %) spricht von einem „großen“ Handlungsbedarf und weitere zehn Prozent immerhin von einem „mittleren“. So gut

wie niemand (2 %) ist der Auffassung, dass man mit der momentanen Situation zufrieden sein kann.

Ganz klar am stärksten werden die Verbraucher selbst in der Verantwortung gesehen, die Lebensmittelverschwendung in Zukunft zu verringern. Auch der Lebensmittelhandel und die lebensmittelverarbeitende Industrie spielen eine zentrale Rolle. Bauern und Landwirte werden an dieser Stelle nur sehr selten angesprochen.

Die Maßnahmenvorschläge der Bürger zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung sind vielfältig: Allem voran steht der Wunsch nach besserer Aufklärung zur Wertschätzung von Lebensmitteln und Abfallvermeidung, ein bewusste(re)s Einkaufsverhalten sowie das Spenden noch verzehrbare Lebensmittel an Bedürftige. Die gestützt abgefragten Maßnahmen freiwillige Selbstverpflichtung der Handelsketten, Abfälle zu reduzieren (z. B. indem auch unansehnlichere Produkte angeboten werden) sowie Änderungen beim Mindesthaltbarkeitsdatum (damit Produkte nicht fälschlicherweise weggeworfen werden, obwohl sie noch gut sind), werden von knapp zwei Dritteln der Bürger als sehr sinnvoll befürwortet.

Gesetzliche Regulierungen von Handelsketten und Herstellungsverfahren werden zwar auch noch von einer Mehrheit der Bürger als zumindest „eher sinnvoll“ angesehen, rangieren aber am unteren Ende der abgefragten Maßnahmen.

Auch wenn es um die Verringerung von Umweltschäden durch den Stickstoffeintrag aus der Landwirtschaft geht, sieht die Mehrheit der Deutschen sehr großen (33 %) bzw. großen (41 %) Handlungsbedarf, nachdem der Zusammenhang zwischen Lebensmittelproduktion und Umweltproblemen in diesem Bereich kurz erläutert wurde.

Bauern und Landwirte werden am stärksten in der Pflicht gesehen, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Aber auch Umweltbehörden sowie die Bundesregierung sind angesprochen.

Weniger düngen, strengere gesetzliche Vorgaben und Kontrollen sowie die stärkere Förderung des Ökolandbaus sind die häufigsten spontan eingebrachten Vorschläge. Dass knapp jeder Zweite keine Idee hat, lässt vermuten, dass die Problematik in der breiten Bevölkerung weniger bekannt ist bzw. sie als zu komplex empfunden wird, um konkrete Handlungsempfehlungen zu geben.

In der gestützten Abfrage verschiedener Maßnahmen stimmen die Bürger jedoch mehrheitlich zu. Insbesondere die Verschärfung von Grenzwerten

für umweltschädliche Stickstoffverbindungen in Gewässern und der Luft, strengere Kontrollen der Landwirte und Hersteller sowie die gesetzliche Kennzeichnungspflicht umweltschädlicher Produkte und Herstellungsarten werden stark befürwortet. Freiwillige Maßnahmen werden in diesem Bereich von den Bürgern als im Vergleich am wenigsten zielführend angesehen.

Die meisten Bürger finden es schwierig, umweltschädliche Lebensmittel zu identifizieren. Eine weitere **Barriere für mehr Umweltschutz bei Lebensmitteln** ist der Preis umweltfreundlicher Produkte. Auch die teilweise nur begrenzte Verfügbarkeit wird oft als Hinderungsgrund angegeben.

Der Lebensmittelindustrie sowie dem Handel wird ein hoher **Einfluss** im Hinblick auf das Thema „Umweltschutz bei Lebensmitteln“ zugesprochen. Das **Vertrauen** der Bürger, dass diese Akteure die Probleme lösen werden, ist hingegen gering. Umwelt- und Verbraucherverbände genießen hier das größte Vertrauen der Bürger.

Entsprechend erteilen die Bürger vielfältige **Aufträge an die Verbraucherzentralen**: Jeweils mehr als jeder zweite Deutsche hält es für (sehr) wichtig, dass die Verbraucherzentralen Umweltsiegel von Lebensmitteln unabhängig bewerten und sinnvolle Kriterien für diese vorschlagen, Verbraucherinteressen gegenüber Politik und Gesetzgebern bzw. gegenüber Landwirtschaft, Lebensmittelherstellern und dem Handel vertreten sowie Informationen für Verbraucher bereitstellen und Beratung anbieten.

3. Fazit und Schlussfolgerungen

Das Bewusstsein sowie der Wissensstand im Hinblick auf die Auswirkungen der Lebensmittelkette auf Umweltprobleme ist in der deutschen Bevölkerung – außer bei Vegetariern und Veganern – derzeit noch recht gering. Werden die komplexen Zusammenhänge jedoch erläutert, wird erheblicher Handlungsbedarf gesehen. Darüber hinaus führen die Bürger auch selbst vielfältige und differenzierte Vorschläge für Maßnahmen und konkrete Vorstellungen bezüglich der Verantwortlichkeiten ins Feld. Als wichtigste Aufträge sind die Verbesserung des Informationsstandes durch verstärkte Aufklärung der Bürger und präzise Kennzeichnungen der Produkte sowie entsprechende gesetzliche Änderungen festzuhalten – also eine Kombination aus freiwilligen Entscheidungen der Bürger und gesetzgeberischen Leitplanken. Die Verbraucherzentralen genießen in der Bevölkerung ein großes Vertrauen und sie erhalten ein breites Mandat, von dem sie Gebrauch machen sollten.